

**"Neue Erkenntnis": Man kann ungestraft links sein
 - man kann auch zusammengehen - also los!**

Nach der Bundestagswahl Überlegungen und Vorschläge

Das Wahlergebnis ist ein großer Erfolg der politischen Linken. Mit dem Einzug einer 54-köpfigen Fraktion der Linkspartei in den Bundestag und ihren zum Teil spektakulären Wahlergebnissen - drei Direktmandate in Berlin und 18,5 % Zweitstimmen im Saarland - kommt wieder eine Opposition ins Parlament, die den Protest gegen die neoliberale Politik ins „Hohe Haus“ tragen und Alternativen zu ihr aufzeigen kann.

Der Einzug der Linkspartei hat Schwarz-Gelb verhindert. Aber auch die neoliberale Politikvariante Rosa-Olivgrün ist nicht mehr möglich. Das Ergebnis der Linkspartei ist trotz massiver Bemühungen der großen Koalition aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP, sie am Einzug in den Bundestag zu hindern und kleinzureden, erreicht worden. Es ist ihr gelungen, die Totschweigetaktik über ihre inhaltlichen Positionen in den Medien und die anti-kommunistische Verleumdungskampagne zu durchbrechen.

Es ist vor allem einer aktiven antifaschistischen Bewegung zu verdanken, dass die Neofaschisten bei der Wahl relativ schwach abgeschnitten haben. Dennoch gibt es allen Grund, die reaktionäre, rassistische und faschistische Politik von NPD, REP und DVU weiter entschlossen zu bekämpfen. Denn die Gefahr einer weiteren Rechtsentwicklung bleibt bestehen. Das Verharmlosen des Neofaschismus durch Justiz, Polizei und Politik muss ein Ende haben!

Die Unternehmer machen aus ihrem Ärger über das Wahlergebnis keinen Hehl, hatten sie doch ohne Ausnahme auf eine schwarz-gelbe Regierung gesetzt, die den Schröder-Kurs nach dem Motto „Genug ist nicht genug“ in verschärfter Gangart fortsetzen sollte. Ihr Aufruf zur reaktionären Veränderung des parlamentarischen Systems - wie die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlrechts - zeigt, welchen Weg sie zur Sicherung ihrer Profite einschlagen wollen. Jetzt fordern die Vertreter des deutschen Kapitals die für sie zweitbeste Lösung: Ein große Koalition.

Eine große Koalition

Die große Koalition wird nicht anders können und wollen, als die vom Kapital gesetzten „Sachzwänge“ zu bedienen. Sie wird wie auch ihre Vorgängerin die Aufgabe erfüllen, die Reproduktionsbedingungen des Kapitals im Innern sicherzustellen und nach außen die Chancen des heimischen Kapitals auf dem Weltmarkt zu stärken.

Sie kann nahtlos an das Programm der informellen Koalition anknüpfen, die real seit 1999 existierte. Die wichtigsten Punkte waren der Sozial- und Demokratieabbau im Innern und das Ermöglichen von Kriegführung nach Außen.

Für die Umsetzung dieses Programms hat die große Koalition aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP im Bundestag gemeinsam gestimmt, z.B. für die Senkung der Unternehmenssteuern, für Agenda 2010 und Hartz I bis IV. Gemeinsam waren sie auch für den völkerrechtswidrigen

Krieg gegen Jugoslawien und für die zur weiteren Militarisierung verpflichtende EU-Verfassung.



Die fantastischen Vier frei nach SZ-Zeichnung Harnitzsch 10.10.05

Das Programm der großen Koalition

Die wichtigsten Punkte des Programms der neuen großen Koalition zeichnen sich ab. Fest steht, dass die Mehrwertsteuer erhöht wird. Es wird auch eine Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge - natürlich nur der Unternehmeranteile - geben, die als „Senkung der Lohnnebenkosten“ zur Stärkung des Standorts Deutschland beitragen soll. Erneut sollen auch die Konzerne und Banken durch eine weitere Senkung der Körperschaftsteuer entlastet werden. Damit sich Deutschland noch stärker an Kriegen beteiligen kann, werden Militarisierung und Aufrüstung weiter voran getrieben. Und um deutlich zu machen, dass es hierzu angeblich keine Alternative gibt, hat der nicht mehr legitimierte alte Bundestag noch rasch die Ausweitung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan und die Aufstockung der deutschen Truppen am Hindukusch beschlossen.

Wir setzen dagegen!

Der großen Koalition muss außerparlamentarisch ein Alternativprogramm der Arbeiter- und Bündnisbewegungen entgegengestellt werden. Sie tragen eine gemeinsame Verantwortung zur Entwicklung einer breiten Widerstandsbewegung gegen den reaktionären Sozialabbau und gegen die Angriffe des Kapitals auf die sozialen Errungenschaften der Lohnabhängigen.

Wenn die Linke im Bundestag sich in den Dienst dieses außerparlamentarischen Kampfes stellt, haben sich die Mühen gelohnt, sie in ihrem Wahlkampf zu unterstützen.

Das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" wirbt seit seiner Gründung offensiv und beharrlich für das Zusammengehen der linken Kräfte vor Ort. Unser Ziel ist es, zum Erstarben der außerparlamentarischen Bewegung der Linken beizutragen und den aktiven Widerstand gegen die Politik der Herrschenden zu fördern.

Im Ergebnis der Bundestagswahl muss die Linke sich auch in Dortmund über ihre Aufgaben und Ziele verständigen - dies schlagen wir vor. Wir werden uns für gemeinsame Aktionen einsetzen.

Udo Stunz für Linkes Bündnis Dortmund

10. Sitzung des Rats am 22. September

Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund" festgehalten und kommentiert. Das Protokoll kann in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.

"Museale Nutzung des Dortmunder U"

Das seit längerem leerstehende Brauereigebäude "Dortmunder U" ist denkmalgeschützt. Zu seiner Wiederverwendung schlägt die Verwaltung mit Unterstützung der Fraktionen SPD/Grüne (oder umgekehrt?) vor, darin ein zentrales Museum für Dortmund einzurichten. Es werden investive Kosten in Höhe von 34,5 Millionen Euro geschätzt, von denen das Land die Hälfte übernehmen soll. Es sollen jährlich Betriebskosten in Höhe von 1,85 Millionen Euro anfallen. Um das Vorhaben planerisch zu prüfen und vorzubereiten, soll ein Architektenwettbewerb für 285.000 Euro ausgelobt werden.

Wortmeldung: Herr Oberbürgermeister, Herr Stüdemann, Sie haben in Ihren Beiträgen ausgeführt, bei dem zu fassenden Beschluss handele es sich 'nur' um einen Architektenwettbewerb, da erübrigten sich lange Grundsatzdebatten. Das finde ich schwierig, denn die Architektinnen und Architekten sollen an der ihnen gestellten Aufgabe arbeiten - da wird man später schlecht sagen können, wir machen das nicht oder wir machen etwas ganz anderes. Die Perspektive ist mit dem Wettbewerb vorgegeben - so ernst muss man die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen schon nehmen.

Nun auch ein bisschen Grundsätzliches: Entwicklung, Bau und Unterhalt von Kultureinrichtungen in öffentlicher Hand hält das "Linke Bündnis Dortmund" grundsätzlich für richtig und für eine selbstverständliche Aufgabe kommunaler Politik. Das gilt auch für den Erhalt von Baudenkmalen, insbesondere für solche, die das Arbeiten, Wohnen und Kämpfen der arbeitenden Menschen dokumentieren können. Das gilt zweifellos auch für das "Dortmunder U". Wir unterstützen unbedingt seinen Erhalt und eine neue Nutzung.

Allerdings wenden wir uns grundsätzlich auch gegen baulich-räumliche Überdimensionierungen, deren inhaltliches Scheitern und zukünftiger Leerstand voraussehbar sind. Dies ist hier der Fall, einmal mehr wird kulturpolitisches Hasard im Wettbewerb mit den Großstädten des Landes betrieben und der Haushalt der Stadt aktuell und auf Dauer defizitär belastet. Zweifel an geschätzten Besucherzahlen, 'großen' Ausstellungsprojekten und an der Kostenaufstellung sind erlaubt. In der Regel verdoppeln sich so politisch gewollte Kosten-Ansätze, wenn die Ausführung qualifiziert genug erfolgt. Aber nachdem nun offenbar Phoenix-West, wie ich der Presse heute entnommen habe, mit der Hilfe von 100 Arbeitsgelegenheiten kostengünstiger gebaut wird, kann es ja auch sein, dass Sie den Einsatz von 1000 Arbeitsgelegenheiten im "U" einplanen.

Wir wenden uns auch grundsätzlich gegen das Vernichten von Kultureinrichtungen mit eigener Geschichte in gewachsener Umgebung - das Museum am Ostwall ist leider lange Jahre technisch und moralisch (bewusst) vernachlässigt worden, aber es ist keineswegs abrisswürdig. Es fragt sich, welche Nutzung für die Immobilie vorgesehen ist, welche Vermarktung, womöglich Privatisierung hier beabsichtigt ist.

Noch einmal zugespitzt: Wir wenden uns entschieden gegen jedes Wachstumsdenken, das gutes Gestriges und

Heutiges opfert für ein fragwürdiges und keineswegs gesichertes Heutiges und Morgiges. Das Beispiel Stadt- und Landesbibliothek ist unvergessen, sowohl als kulturelle Schandtat als auch als ökonomisches Debakel und Belastung vieler nachfolgender Haushalte. Wir sehen Vernichten von Werten und Überproduktion als zwei Seiten einer Medaille des Kapitalismus.

Ein ernstliches Nachdenken über die "Landmarke Dortmunder U" und ihre sinnvolle Nutzung gäbe nun Gelegenheit, das gesamte Umfeld noch einmal genauer in den Blick zu nehmen. Es ist Zeit, das "3do" jetzt endlich auch offiziell aufzugeben und einfach einen neuen Hauptbahnhof zu bauen - die funktional, technisch, ästhetisch und städtebaulich überfällige Lösung eines lange verschleppten Problems.

Das kann Politik und Planung Raum geben, die Nutzung des "Dortmunder U" neu zu denken und zu entwickeln - im "3do" angedachtes großes Entertainment kann ja hier Platz finden und einen für beide Funktionen sehr nützlichen Mix mit musealer Nutzung im "U" bilden. In diesem Kontext wird sich Stadtentwicklung und Architektur auch wieder mit dem unmittelbaren Umfeld befassen können. Der im "3do" angedachte besondere Konsum kann ja hier umsetzungs- und kostengünstig positioniert werden. Insgesamt können hier mehrere alte und neue Konzeptionen für diesen städtebaulich verwahrlosten Bereich am westlichen Rand des Wallrings mit dem Übergang nach Westen in die Rheinische Straße und nach Norden in die Schützenstraße noch einmal geprüft und neu gewertet werden.

Die hastige Beschlussvorlage sollte der Rat ablehnen zugunsten des Auftrags an die Verwaltung, eine ganzheitliche Konzeption für das Denkmal und sein Umfeld zu entwickeln - weder ist die Eile dem Problem angemessen noch ist die gefundene Antwort beschlussfähig.

Im Ergebnis der Debatte wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD/Grünen beschlossen. Ablehnung.

Zusammenführung von ARGE und DoDi

Die Verwaltung will die "Arbeitsgemeinschaft im Jobcenter Dortmund" und die "Dortmunder Dienste Gesellschaft für Beschäftigungsmaßnahmen mbH" zusammenführen und unter ihre Leitung bringen. Dieses Vorhaben greift unmittelbar in die Existenzbedingungen vieler Bürger/innen ein und organisiert unterschiedliche Rechtssysteme in eine Gesellschaftsform, die einer späteren Privatisierung offen steht wie ein Scheunentor. Die Beratung war weit hinten in der Tagesordnung versteckt. Der Antrag des "Linken Bündnis Dortmund", den TOP wegen seiner besonderen Bedeutung nach vorne zu holen, wurde von allen Fraktionen abgelehnt.

Wortmeldung: Sie wissen, dass das "Linke Bündnis Dortmund" die Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV kritisch betrachtet und grundsätzlich ablehnt. Die hier vorgeschlagene Zusammenführung von ARGE und Dortmunder Dienste GmbH widerspricht den unterschiedlichen Aufgaben, Pflichten und Rechten der beiden Institutionen. Wahrscheinlich wäre sie rechtlich anfechtbar. Sie erhält ihre Legitimation allein in einer behaupteten 'effizienteren' Handhabbarkeit durch die Stadt als "Konzern", wie sie sich selbst so gern bezeichnet. Ganz nebenbei geht es auch um das Umwandeln der öffentlichen und öffentlich zu kontrollierenden ARGE aus Bund und Stadt in eine GmbH und damit um den Schritt in eine Gesellschaftsform privaten Charakters, deren Kontrolle sie sich selbst organisiert.

Wir sehen in der Realität der ARGE ganz erhebliche Defizite in der "Förderung und Forderung" der Arbeitslosen - fehlende oder ungenügende Eingliederungsvereinbarungen, fehlende oder unzureichende Kontrollen der Einrichtung und Durchführung von Arbeitsgelegenheiten und der erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen, schließlich fehlende Perspektiven für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Wäre die Lage der in Arbeitsgelegenheiten dienstverpflichteten Menschen nicht so ungeschützt, wären Klagen gegen die häufig ungesetzlichen Zustände die Regel. Die Defizite müssen in der eigenen Struktur der ARGE behoben werden. Die Vermischung mit den Aufgaben eines Trägers kann sie nicht korrigieren, sondern sie allenfalls weiter verschleiern helfen.

Die Verfahrensweisen der "Dortmunder Dienste GmbH" als Trägerin von Arbeitsgelegenheiten sind von mir für das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" öffentlich als Zweckentfremdung bereitgestellter Bundesmittel kritisiert worden – das war in der Lokalpresse berichtet, Sie können das auch detailliert auf der Homepage des Linken Bündnis Dortmund nachlesen. Der Kritik wurde bis heute nicht öffentlich widersprochen, widerlegt wurde sie schon gar nicht. Das Eröffnen einer Eigenuntersuchung, eine Eigenanzeige bei der Dienstaufsicht wurde nicht bekannt, vielleicht gibt es sie intern? Eine Aufnahme von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ist nicht bekannt geworden, vielleicht gibt es sie intern? Die Machenschaften des Trägers in Abrechnungsfragen müssen im "Konzern" selbst aufgedeckt und abgestellt werden. Die Vermischung mit den Aufgaben der ARGE kann sie nicht beheben, sondern sie allenfalls weiter verschleiern helfen.

Das jetzt vorgeschlagene Aufheben des strukturellen Gegenübers von Vergabe und Durchführung von Arbeitsgelegenheiten muss möglichem Missbrauch Tür und Tor weit aufreißen und wird die in Arbeitsgelegenheiten dienstverpflichteten Menschen weiter entrechten – eine Vertretung ihrer Interessen ist bis heute ungeregelt, sie findet schlicht nicht statt.

Die Absurdität und Unzulässigkeit der vorgeschlagenen Konstruktion mag deutlicher werden, wenn Sie sich vorstellen, dass im Sinne der Gleichbehandlung auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege in die ARGE integriert und mit ihr strukturell so verschmolzen werden müssten, wie es mit der Dortmunder Dienste GmbH geschehen soll. Im ersten Halbjahr waren dies nach Auskunft der ARGE 19 Gesellschaften, eingetragene Vereine und andere Vereinigungen, denen zusammen etwa 1000 Arbeitsgelegenheiten eingeräumt worden waren. Nach allem, was bekannt wird, hat der Run der großen und kleinen Träger auf sie gerade erst begonnen. Sie alle wären so wie die Dortmunder Dienste mit der ARGE zu vereinen.

Abschließend: Die Begründung der Beschlussvorlage enthält mich beunruhigende Aussagen über Struktur und Volumen der geplanten neuen GmbH - Zusammensetzung, Zusammenführung und Betriebsübergang des erforderlichen Personals und die erforderlichen Qualifizierungsprozesse scheinen eher hemdsärmelig angegangen zu werden. Ist das Mitwirkungsverfahren durchgeführt worden und liegt die Zustimmung der Personalvertretungen zur Neustrukturierung und Verlagerung wesentlicher Aufgabenbereiche und Zielvereinbarungen vor? Wie sehen die Vereinbarungen aus?

Aus den genannten Gründen darf der Beschluss nicht gefasst werden. Beteiligen Sie sich an seiner Ablehnung!

Im Ergebnis der Debatte wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD/Grünen beschlossen. Ablehnung.

Kommentar: Die im Rat wiederholte massive Kritik an der Verfahrensweise mit Ein-Euro-Jobs in städtischer Trägerschaft wurde in der Debatte weder vom OB noch vom Kämmerer beantwortet. In der Verwaltungsspitze kann man mit den erhobenen Vorwürfen offenbar gut 'leben'. (Vgl. hierzu den Brief unten).

Resolution gegen Öffnung der Schulbezirksgrenzen

Die Fraktionen SPD/Grüne brachten eine Resolution gegen die von der Landesregierung politisch propagierte und erst noch im Landtag zu beratende und zu beschließende Auflösung der Schulbezirksgrenzen ein.

Die Debatte wurde lang und breit und heftig, zuweilen an Kulturkämpfe erinnernd, beraten.

Im Ergebnis mit den Stimmen von SPD, Grüne, PDS/OL, Bürgerliste beschlossen. Zustimmung.

Offener Brief an den Oberbürgermeister

07. Oktober

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Dr. Langemeyer,

vor nun schon längerer Zeit habe ich auf der Grundlage Ihrer Antwort auf meine Anfrage in der Sitzung des Rates am 30. Juni ds. Js. eine detaillierte Ausarbeitung zu gravierenden Fehlsituationen bei der Durchführung von "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung in der Trägerschaft der Kommune" vorgelegt und der Öffentlichkeit vorgestellt.* Aus der Spitze von Politik und Verwaltung ist so weit mir bekannt keine Antwort gegeben worden. In der Sitzung des Rates am 22. September habe ich beim Tagesordnungspunkt "Zusammenlegung von ARGE und Dortmunder Dienste GmbH" die zentralen Vorwürfe der Studie mündlich wiederholt und gefragt, ob inzwischen interne oder externe Untersuchungen über ihre Berechtigung laufen. Auch hier wurde nicht geantwortet. Inzwischen muss ich davon ausgehen, dass Sie den Sachverhalt politisch und verwaltend "aussitzen" wollen.

Die inkriminierten Tatbestände sind zweifellos für viele jetzt Betroffene und zukünftig noch in "Ein-Euro-Jobs" dienstverpflichtete Menschen von größter Bedeutung. Das von Ihnen repräsentierte Verfahren im Umgang mit den aufgedeckten Sachverhalten zeugt von Ignoranz (oder Verunsicherung?) der von SPD-Grün getragenen Politik und Verwaltung der Stadt, die zunehmend auch andere wichtige Arbeitsfelder kennzeichnet. Wie lange mag das noch so gehen?

Ich kann nicht bereit sein, den Sachverhalt so auf sich beruhen zu lassen. Auch wenn ich kaum noch einer Antwort gewürdigt werde, möchte ich Sie auffordern, mich kurzfristig wenigstens darüber zu informieren, ob und wann ich und die Öffentlichkeit mit einer inhaltlichen Reaktion in dieser Sache rechnen können. Davon mache ich abhängig, eine Dienstaufsichtsbeschwerde in der Sache auf den Weg zu bringen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Prof. Wolfgang Richter

*** Vgl. Arbeitsgelegenheiten – Arbeiten ohne Wert?**

Der Text kann ganz leicht im Internet gefunden werden: www.linkes-buendnis-dortmund.de oder auch einfach in Papierform angefordert werden: Linkes Bündnis Dortmund c/o Oesterholzstraße 27, 44145 Dortmund

Rede von Ulrich Sander auf der Montagsdemo in Dortmund am 10.10.*

Kanzler Schröder hat unser Land zum kriegführenden Land gemacht. Er hat eine beispiellose soziale Entrechtung der kleinen Leute ermöglicht. Er bereitete der sozialen Demagogie der Rechten den Boden. Nun wurde er nicht erneut für die Bundesregierung vorgeschlagen. Wohl jeder von uns sagt nun: Ich weine ihm keine Träne nach.

Die CDU/CSU hätte das nie geschafft, was Schröder bewirkte. Die Gewerkschaften hätten diese Politik abgelehnt, aber sie waren von Schröder und Münterfering gelähmt und diszipliniert. Wir rufen die Gewerkschaften auf und den Gewerkschaftern zu: Wacht auf! Schluß mit dem Kuschen vor der Regierung.

Die Bildung der Großen Koalition muss der Startpunkt für die Große Opposition werden, die Opposition von der Straße, aus den Betrieben, den Schulen und Hochschulen. Sie kann einen Klimawandel bewirken, der es unmöglich macht, so wie bisher in Berlin weiter gegen die Kleinen, gegen die Armen, gegen die Jugend, gegen die Rentner zu regieren. Doch dieser Kampf wird nicht leicht sein.

Ein Stoiber wird den Feind der Arbeitenden und Arbeitslosen Wolfgang Clement gut ersetzen! Ein Innenminister Schäuble wird die Pläne, die Bundeswehr gegen den sozialen Protest im Lande zu mobilisieren und den Antifaschismus – wie seit 1990 immer wieder gefordert – als verfassungsfeindlich einzustufen, wieder aufgreifen. Ein Außenminister Struck oder einer von ähnlichem Zuschnitt - vielleicht Herr Schily? - wird das im Bundeswehrministerium Begonnene fortsetzen. Und das bedeutet: Außenpolitik ist Militärpolitik. Das bedeutet: Rüstung statt Soziales. Tausende Soldaten werden in Kriegseinsätze geschickt, wie Struck es ankündigte, und Tausende, auch deutsche Soldaten und Zivilisten werden getötet.

Wenn ich von der nun notwendigen Außerparlamentarischen Opposition, von der APO spreche, dann meine ich die APO wie seinerzeit gegen die Große Koalition in Bonn. Die Opposition von rechts werden wir bekämpfen. Wenn diese Nazis, die Enttäuschung der Menschen angesichts der Politik der Herrschenden und Regierenden, auch der neuen Regierung ausnutzend, zum Kampf „gegen das System“ aufrufen, dann meinen sie "gegen die Demokratie". Wir werden die Demokratie verteidigen.

Linke Systemopposition hat das Ziel in der Verteidigung der Grund- und Menschenrechte. Das bedeutet: Sozialer Fortschritt auf der Grundlage des Grundgesetzes, das den Angriffskrieg verbietet und den Sozialstaat verlangt. Wir rufen: keine Gewalt! – für Sozialstaatlichkeit! – für die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Das Profitmaximierungssystem des Kapitals ist zutiefst menschenrechtsfeindlich.

Doch es bleibt dabei, wie es in der großen Hymne der Arbeiterbewegung heißt: Die Internationale erkämpft des Menschen Recht! Es rettet uns kein höhres Wesen, - uns aus dem Elend zu erlösen müssen wir schon selber tun.

Anmerkung:

Ich stellte mich bei Beginn meiner kleinen Rede vor als Hartz-IV-Betroffener, der 40 Jahre in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt hat, der aber als Langzeitarbeitsloser, dem die Einstufung als Sozialhilfeempfänger mit ALG 2 drohte, die verminderte vorzeitige Rente vorzog.

Am Schluss hätte ich gern noch aus der „Internationalen“ den Satz: „In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Partei'n“ zitiert, aber das hätte Zeit gekostet und die Sache verlängert, denn ich hätte dann in eine Auseinandersetzung mit dem „Wir sind das Volk“ treten müssen, das viele Montagsdemonstranten so sehr

mögen. Und das sie in bester Absicht rufen, nicht bedenkend, dass die CDU seinerzeit in Sachsen daraus „Wir sind ein Volk“ machte, um den Anschluß der DDR vorzubereiten. Die Neonazis griffen dies begeistert auf – und sie rufen noch heute „Wir sind das Volk“ -, weil es dem deutschen Nationalismus entspricht und dem Gedanken der „Volksgemeinschaft“ nahe kommt, in der sich alle versammeln: Die Ausgebeuteten und die Ausbeuter, die Heuschrecken, die Blutsauger, die Volksbetrüger und das gemeine Volk – nur nicht die nicht Volksdeutschen. Da wäre es doch besser, darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsleute die stärkste der Partei'n sind, denn darum geht es, die Mehrheit der Bevölkerung zu benennen, den größten Part (im Lied altmodisch Partei genannt, womit nicht der heutige Parteibegriff gemeint ist). Diese Mehrheit der Arbeitsleute muß sich ihrer Kraft bewusst werden.

Aber das wäre schon eine weitere Montagsdemo-Rede.

*Ulrich Sander ist Bundessprecher der VVN-BdA und war Kandidat des "Linken Bündnis Dortmund" bei der Kommunalwahl 2004

Übers Praktikum zur Ausbildung

"Keiner darf unversorgt bleiben", sagt Claus-Dieter Weibert von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Dortmund in der Westfälischen Rundschau vom 4. Oktober 2005. Mit diesen Worten wirbt er für 250 Praktikumsplätze, die er bis Jahresende vermitteln will. Damit meint Weibert unbezahlte Praktika im Rahmen von sechs bis zwölf Monaten.

Dadurch stellt sich für uns die Frage, wer hier „unversorgt“ bleiben soll? Sind es wirklich die arbeitslosen Jugendlichen oder vielmehr die Unternehmen, denen Arbeitskräfte zum Nulltarif zur Verfügung gestellt werden? Denn um allein die offiziell arbeitslosen Jugendlichen (im Alter unter 20 Jahren) in Dortmund zu "versorgen", bräuchte es real 1074 betriebliche Ausbildungsplätze!

Über unbezahlte Praktika sind die aber nicht zu bekommen, denn die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache: nur in den seltensten Fällen werden solche PraktikantInnen in ein echtes Ausbildungsverhältnis übernommen. In erster Linie profitieren die Unternehmen von der kostenlosen Arbeitskraft zu Lasten der Jugendlichen. Hinzu kommt, dass auf diese Weise die Arbeitslosen-Statistik 'frisirt' und damit das jahrelange Missmanagement von Industrie und Politik (auch hier in DO!) verschleiert wird.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit lässt sich unserer Ansicht nach nur durch ein neues Ausbildungsgesetz eindämmen, welches (v.a. große) Unternehmen verpflichtet, eine festgelegte Quote an Lehrstellen zu schaffen. Jene Unternehmen, die dieser Pflicht nicht nachkommen, müssen eine angemessen hohe Strafe in einen Ausbildungsfonds zahlen. Aus diesem werden dann solche Betriebe unterstützt, die ihrer gesellschaftlichen Pflicht akkurat nachkommen.

Bildung und Ausbildung sind elementare Grundrechte der Jugend. Diese Rechte müssen flächendeckend, kostenfrei und allen zugänglich sein. Und zwar unabhängig von Herkunft oder Geschlecht! Solang dies nicht gewährleistet ist, braucht sich niemand in diesem Land über die so genannte 'Politikverdrossenheit' junger Menschen zu wundern.

Sozialistische deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Medienecho: Die Westfälische Rundschau veröffentlichte den Leserbrief ungekürzt.

Am 3. September marschierten wieder einmal Neonazis in Dortmund, diesmal durch die Südstadt und die Weststadt. Sie konnten vorübergehend von Demokrat/innen und Antifaschist/innen gestoppt werden. Im Vorfeld war gegen die Erlaubnis des Aufmarsches durch Politik und Polizei protestiert worden, u.a. vom "Linken Bündnis Dortmund", am Tag des Aufmarsches und vieler Gegendemonstrationen gab das "Linke Bündnis Dortmund" eine Erklärung ab.

Offener Brief an den Oberbürgermeister

Anlässlich der Ermordung eines jungen Menschen durch Rechtsextremisten hatte der Rat der Stadt am 21. April diesen Jahres eine Resolution gefasst: "... Der Rat ruft alle Demokraten in Dortmund auf, sich von rechtsextremem Gewalt nicht einschüchtern zu lassen und den Rechtsextremen überall aktiv entgegen zu treten. Der Rat appelliert an alle, die Verantwortung in unserer Stadt tragen, rechtsextreme Umtriebe mit allen gebotenen Mitteln zu unterbinden."

Nun werde ich darüber informiert, dass neonazistische Gruppierungen einen Aufmarsch anlässlich des Antikriegstags mit der infamen demagogischen Parole "Gegen Aggressionskriege und Imperialismus. Für freie Völker in einer freien Welt. Nie wieder Krieg" angemeldet haben und der Aufzug offenbar vom Polizeipräsidenten der Stadt genehmigt worden ist. Darüber hinaus erfahre ich, dass eine seit längerem vorsorglich angemeldete und auch bereits im Detail genehmigte Demonstration von Antifaschisten aus diesem Grund polizeilich an anderen Ort verlagert werden soll. Die Annahme liegt nahe, dass den Rechtsextremisten hier Platz und Straße freigeräumt und sie vor berechtigtem Protest und Widerspruch bewahrt werden sollen.

Ich appelliere an Sie, alles zu tun, dem frechen und allem politischen Bewusstsein Hohn sprechenden Spuk politisch ein Ende zu bereiten und das Verbot des Aufmarsches der Verfassungsfeinde in unserer Stadt rechtlich zu erwirken. Ich bitte Sie auch, das gefährliche Spiel der Polizeileitung mit den demokratischen Rechten von Antifaschisten zu beenden. Wenn es Ihnen nicht gelingt, das im Zuge eines Gesprächs mit dem Polizeipräsidenten zu erreichen, sollten Sie die Dienstaufsicht der Polizeibehörde bemühen. Schließlich fordere ich Sie auf, mit uns gemeinsam den Rechtsextremen aktiv entgegen zu treten.

Prof. Wolfgang Richter, RM, 28. August

Medien-Erklärung zum Aufmarsch neonazistischer Banden in Dortmund

Die Demonstrationsleitung des Aufmarsches von Rechtsextremisten trug rote Hemden mit dem Aufdruck "Dortmund ist unsere Stadt". In diese Provokation gehüllt verhandelte man in aller Seelenruhe mit der Einsatzleitung der Polizei. Das passte ins Bild, denn tatsächlich haben Politik und Polizei einmal mehr die Stadt den verfassungsfeindlichen Gruppierungen ausgeliefert.

Die Politik scherte sich nicht um die Resolution des Rates der Stadt, die erst vor kurzem beschlossen und verkündet worden war "... Der Rat ruft alle Demokraten in Dortmund auf, sich von rechtsextremem Gewalt nicht einschüchtern zu lassen und den Rechtsextremen überall aktiv entgegen zu treten. Der Rat appelliert an alle, die Verantwortung in unserer Stadt tragen, rechtsextreme Umtriebe mit allen gebotenen Mitteln zu unterbinden." Die politische und gesellschaftliche Elite versammelte sich an diesem Tag im kleinsten Kreis in gehörigem Abstand und verstand das als ihren Beitrag, "den Rechtsextremen überall aktiv entgegen zu treten."

Die Polizei führte einmal mehr die Drecksarbeit durch – sie hatte eine spektakuläre Demonstrationsstrecke mit den neuen Faschisten ausgehandelt, lieferte ihnen Straßen und Plätze prompt aus und drängte die protestierenden Bürgerinnen und Bürger ab, im Zweifel auch mit brachialer Gewalt. Dass es den Demokrat/innen und Antifaschist/innen in den Wohngebieten trotzdem gelang, den Aufmarsch für längere Zeit zu stoppen und es notwendig wurde, ihn umzulenken, liegt daran, dass die Protestierenden "sich nicht einschüchtern ließen, weder von der rechtsextremen Gewalt" noch von der Polizei.

Das "Linke Bündnis Dortmund – parteilose Linke, DKP und SDAJ" war dabei und protestiert erneut gegen das Verharmlosen des Rechtsextremismus durch Politik und Polizei in unserer Stadt. Wir werden uns weiter konsequent mit denjenigen verbünden, die die Stadt nicht kampfflos den alten und neuen Nazis übergeben. Wo Nazis marschieren, bleibt Widerstand Pflicht.

Kein Medienecho

Halbjahresbilanz der Qualifizierungsoffensive Dortmund 2005

Am 29. Juni hatte das "Linke Bündnis Dortmund" zehn Fragen zur Halbjahresbilanz der Qualifizierungsoffensive 2005 gestellt (vgl. Informationen und Positionen 07.05, Seite 1, und www.linkes-buendnis-dortmund.de im Internet - aus Platzgründen wird dies hier nicht wiederholt). Gefragt waren die JobCenterARGE und die Stadt Dortmund. Am 2. August antwortete der Oberbürgermeister:

Zu 1: Der ARGE im JobCenter Dortmund stehen im Eingliederungstitel für das Jahr 2005 insgesamt 59.718.400,00 € zur Verfügung. Am Ende des 1. Halbjahres 2005 waren davon 21.884.982,96 € durch vertraglichen Abschluss gebunden. 7.780.362,86 € wurden ausbezahlt. Von einer Beschränkung der Maßnahmen auf 6 Monate ist hier nichts bekannt. Je nach Eingliederungserfordernis werden den einzelnen Kunden kürzere oder länger dauernde Maßnahmen vorgeschlagen.

Zu 2: Siehe Antwort zu 1. Ob Mittel nicht in Anspruch genommen werden, ist unter anderem von dem Verhalten der Teilnehmer abhängig (vorzeitige Beendigung der Maßnahme durch Integration oder Abbruch).

Zu 3: Die Aktivierungsquote bei Jugendlichen unter 25 Jahre liegt bei 52%, für die Altersgruppe der über 25 Jahre alten Bewerberinnen und Bewerber liegt sie bei 23%. Sie beinhaltet nicht nur die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung, sondern bezieht sich auf den Einsatz aller zur Integration zur Verfügung stehenden Instrumente.

Zu 4: In den Bemühungen um berufliche Integration steht der einzelne bedürftige Hilfeempfänger unabhängig von Dauer der Arbeitslosigkeit, Geschlecht, Alter oder Qualifikation im Mittelpunkt der Bemühungen. Erfolg oder Misserfolg sind dabei von vielen zum Teil auch kaum zu beeinflussenden Faktoren abhängig.

Zu 5: Da es weder eine Qualifizierungsoffensive (im engen Sinn des Wortes) oder ein damit im Zusammenhang stehendes Debakel gibt, lässt sich hierzu nur sagen, dass natürlich alles getan wurde, um die Integration erwerbsfähiger Hilfebedürftiger sicherzustellen. Bereits vor Bekanntgabe der finanziellen Rahmenbedingungen wurden beginnend im November des vergangenen Jahres in vielen Tausend Einzelgesprächen der Werdegang und die vorhandenen Wünsche der einzelnen Hilfebedürftigen

aufgenommen, mit den Arbeitsmarktbedingungen abgeglichen und die individuell aussichtsreichste Vorgehensweise thematisiert. Die konzentrierte Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihre neue Aufgabe und der bestmögliche und erfolgsausgerichtete Einsatz personeller Ressourcen ermöglichen der ARGE im JobCenter Dortmund einen weitgehend dem Bundes- und Landesdurchschnitt entsprechenden Mitteleinsatz.

Zu **6:** Entsprechende Erkenntnisse liegen nicht vor. Die Bildungszielplanung wurde von der Trägerlandschaft rasch und vollständig aufgenommen und in die gewünschten Elemente umgesetzt.

Zu **7:** Pflichtgemäß und dem gesetzlichen Auftrag entsprechend wird mit jedem Angebot über die Folgen informiert, die bei Ablehnung einer Maßnahme ohne wichtigen Grund eintreten können. Dies setzt die Kundinnen und Kunden nicht unter Druck, sondern ermöglicht ihnen eine Entscheidung unter Abwägung aller Faktoren.

Zu **8:** Entsprechende Erkenntnisse liegen nicht vor.

Zu **9:** Da hierzu keine Erkenntnisse vorliegen, sehe ich keinen Aufklärungs- bzw. Handlungsbedarf. Im übrigen informiert die Geschäftsführung der ARGE im JobCenter Dortmund in Sitzungen der Gesellschafterversammlung und des Beirates regelmäßig über die Qualifizierungsmaßnahmen und die damit verbundene Mittelverwendung.

Zu **10:** Über die geschilderten Sachverhalte liegen keine Erkenntnisse vor. Daher sind die von Ihnen geforderten Konsequenzen nicht nötig.

Kommentar: Der Chef der Verwaltung gibt Zahlen bekannt, die den Kern der Fragen bestätigen, dass zur Verfügung stehende Fördermittel 2005 nicht ausgegeben werden können (1), am Ende sind die "Kunden" selbst schuld, wenn die Fördermittel nicht ausgegeben werden können (2), er beantwortet gezielte Fragen gezielt nicht oder antwortet auf nicht gestellte Fragen (3, 4, 5) und hat zu konkreten Fragen keine Erkenntnisse (6, 8, 9, 10) ... Weder interessieren ihn die Probleme der Beschäftigten in diesem schwierigen Arbeitsfeld noch die der zu fördernden Menschen.

Wie viele Städte nimmt auch Dortmund mehr Gewerbesteuern ein als ursprünglich angenommen und eingeplant. Es werden mehr als 50 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen erwartet. Es ist beabsichtigt, die Mehreinnahmen zum Abbau des Schulden- und Zinsendienstes bei Banken und Sparkassen verwenden. Das "Linke Bündnis Dortmund" schlägt stattdessen am 24. Oktober vor, diese Steuermehreinnahmen zur Lösung dringender sozialer Probleme und zur Förderung von Ausbildung und Beschäftigung zu verwenden. Es müssen Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Armut ergriffen werden.

Kommunales Sofortprogramm

in der Ausbildungs-, Arbeits-, Sozial- und Investitionspolitik in Höhe von 50 Millionen €

Das Programm im einzelnen:

- **Einführung des Nulltarifs im Öffentlichen Nahverkehr für Alg-II-Empfänger und Einkommensschwache:** Zahlreiche Initiativen, Sozialverbände und politische Gruppen und Parteien fordern den Null-Tarif bei Bus und Bahn für alle Inhaber des "Dortmund-Passes" - mit dem Erhalt bzw. der Wiedergewinnung von Mobilität im öffentlichen Raum wird der sozialen Isolation, in die Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut geraten, entgegengewirkt.
- **Einrichtung und Besetzung von mind. 100 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bei der Stadt Dortmund:** Die Ausbildungsplatzsituation ist katastrophal. Auch in Dortmund entziehen sich gerade Großbetriebe ihrer Ausbildungsverpflichtung. Selbst die Stadtverwaltung bildet viel weniger aus als die insbesondere von Jugendverbänden geforderten 10% der Gesamtbelegschaft. Der Bedarf an neuen Beschäftigten ist nach jahrelangem Einstellungsstopp ohne Zweifel gegeben.
- **Übernahme von zunächst mind. 100 Ein-Euro-Jobbern in unbefristete tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse:** Die vorliegenden Erkenntnisse über "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung" zeigen deutlich, dass das Instrument arbeitspolitisch nicht wirksam und nicht gesetzeskonform durchführbar ist. Es muss nun begonnen werden, aus dafür geeigneten Arbeitsgelegenheiten im System der städtischen Betriebe feste, tariflich fixierte Arbeitsverhältnisse zu machen.
- **Maßnahmen zur Sanierung der städtischen Infrastruktur:** Die in vielen Bereichen gefährdete städtische Infrastruktur (z. B. Schulen und andere öffentliche Gebäude, Abwasserkanalnetz, Sportstätten, Grünanlagen, Spielplätze, Radwegenetz) ist hoch sanierungsbedürftig. Die dringend notwendigen Investitionen werden u.a. in der Bauwirtschaft zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen.
- **Finanzierungssicherung für die sozialen Dienste, Initiativen und Projekte, die Opfer eines jahrelangen Sparkurses wurden:** Viele Einrichtungen (wie Aids-Hilfe, Drogenhilfe u. a. m.) können ihre Arbeit wegen der Mittelkürzungen der vergangenen Jahre kaum noch durchführen. Nur mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung können sie ihre Hilfsangebote, die für viele Menschen überlebensnotwendig sind, aufrechterhalten und weiter entwickeln.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Sofortprogramm im Umfang von 50 Millionen Euro kurzfristig umzusetzen und alle dazu erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und PDS" ist nicht antragsberechtigt. Deshalb wird der Vorschlag für einen solchen Beschluss des Rates den Mehrheitsfraktionen SPD und Grüne im Rat mit der Frage überreicht, ihn zu übernehmen und als Antrag in den Rat zu bringen.